

Lesen Sie mal, Herr Hess: So locken die Virgin Islands Steuerhinterzieher an



Nationalratspräsident Peter Hess (53).

VON LEO FERRARO UND THOMAS HEER

ZÜRICH – Keine Vermögens- und Erbschaftsteuern, keine pingeligen Buchprüfer, die den Firmen auf die Finger schauen: Auf den British Virgin Islands (BVI) lässt es sich locker geschäftlich. Die lasche Gesetzgebung zieht dubiose Firmen an wie das Licht die Motten.

Wenig schmeichelhaft nennt Daniel Thelesklaf, Ex-Chef der Meldestelle für Geldwäscherei, die BVI als «häufigen Kunden». Tatsächlich: In den Jahren 1999 und 2000 betrafen 12 Prozent aller Verdachtsmeldungen Kontoinhaber von Gesellschaften, die auf den romantischen Karibikinseln domiziliert waren.

Das ist Rekord: Kein einziges ausländisches Territorium erschien in Thelesklafs Dossiers häufiger als die BVI. Das erstaunt nicht: Entstanden doch im karibischen Steuerparadies jährlich über 50 000 neue Firmen. Fünftal mehr, als die Inseln Einwohner haben.

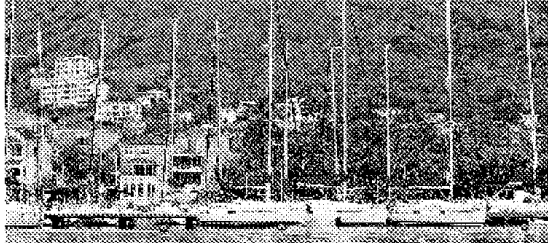
Bei den Firmen handelt es sich oft um reine Briefkastengesellschaften. Einer solchen Firma, der Didal Financing Inc., steht auch der höchste

Schweizer, Nationalratspräsident Peter Hess, als Verwaltungsrat vor. Gegründet wurde die Didal von der panamaischen Treuhandgesellschaft Morgan & Morgan.

Morgan & Morgan unterhält auch in Zürich eine Tochtergesellschaft, die Panazur Inc. Ob die Firma bei der Gründung der Didal Financing ihrerseits mitwirkte, wollte Panazur-Geschäftsführer Rogelio Tribaldos-Alba nicht sagen. Tribaldos-Alba gab auch keine Auskunft darüber, wie viele Firmengründungen Panazur auf BVI jährlich abwickelt.

Auf dem Internet werben die BVI mit Standortvorteilen. So muss kein Verwaltungsrat auf die Inseln wohnen. Die Konsequenz: Stellt ein Drittstaat ein Rechtshilfegesuch, können sich die Verantwortlichen locker den Einvernahmen der Behörden entziehen.

Dass mit Peter Hess der höchste Schweizer zum Verwaltungsrat einer auf BVI ansässigen Firma gehört, bezeichnet Thelesklaf als «schlecht für die Schweiz». «Die oft unberechtigten Angriffe aus dem Ausland können so weniger glaubwürdig abgewehrt werden», sagt er.



British Virgin Islands: Die Insel Tortola zieht Segler an – und dubiose Briefkastenfirmer.

Schluss von Seite 1

Peter Hess Untersuchung

BLICK sprach Peter Hess auf die Ungeheimheiten seiner Erklärung an. Hess: «Die Vorschriften besagen, dass der Finanzdienstleister eine Dokumentation über die von ihm vertretenen Gesellschaften führen muss, die jederzeit von der Selbstregulierungsorganisation eingesehen werden kann. Das ist hier der Fall.» Über die genaue Tätigkeit der Briefkastenfirmer äussert sich Hess nicht: «Anwalts- und Geschäftsgheimnis.» Diese Erklärungen sind vielen Parlamentariern zu dünn. Von links kommt Hess jetzt

noch stärker unter Druck. Die SP verlangt lückenlose Klarheit über die Mandate des höchsten Schweizer. Nationalrätin Hildegard Fässler: «Wenn sich herausstellt, dass die Angaben von Peter Hess nicht korrekt waren, ist er nicht mehr tragbar.» CVP-Fraktionschef Jean-Philippe Mairet befand noch am Sonntag: «Kein Handlungsbedarf.» Doch jetzt wollen es auch CVP-Leute genauer wissen.

SVP-Präsident Ueli Maurer empfiehlt Hess, den Rücktritt vom Ratspräsidium. Wie viele andere Parlamentarier stellt auch FDP-Präsident Gerold Bührer die Frage nach der politischen Sensibilität von Hess.

URS MOSER

KOMMENTAR

Herr Hess, bleiben Sie sachlich! SonntagsBlick und Blick haben Ihnen nie unterstellt, dubiose Geschäfte zu betreiben.

Was wir Ihnen vorwerfen, ist Ihre fragwürdige Doppelrolle: Als National-

Herr Hess, was treiben Sie auf den Virgin Islands?

ratspräsident repräsentieren Sie unser Land. Und als Verwaltungsrat stehen Sie für Briefkastenfirmer in den Steuer-Oasen Panama und Virgin Islands.

Das schadet der Schweiz. Es lässt bei ausländischen Kritikern den Verdacht wachsen, unser Land bemühe sich zu wenig, ein sauberer Finanzplatz zu sein.

Darum geht es, Herr Hess. Nicht um juristische Spitzfindigkeiten, in die Sie sich gestern flüchteten.

Ihre Ratskollegen, ausländische Beobachter und auch BLICK wollen vor allem eines wissen: Warum geschäftet der höchste Schweizer mit Briefkastenfirmer in anrüchigen Steuer-Oasen? Was treibt er auf Virgin Islands?

Solange Sie diese Fragen nicht einlauchtend beantwortet haben, bringen Sie die Schweiz in ein schiefes Licht. Antworten Sie, Herr Hess!

NEWS

Steuersenkung für Arme

BERN – Wenn Spielraum für Steuersenkungen besteht, so misse dieses Geld in erster Linie Haushalten mit einem Einkommen von unter 90 000 Franken zugute kommen. Dafür machte sich der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) bei der Delegiertenversammlung auf dem Berner Bundesplatz stark.

EU-Parlament: Kritik

BRÜSEL – Die Geburt der Babys mit Genen von drei Menschen in den USA (gestern im BLICK) ist im EU-Parlament auf scharfe Kritik gestossen. «Diese Experimente sind der Beginn der Menschenzüchtung», kritisierte der deutsche Peter Liese die Eingriffe.

Wieder Spionageflüge

WASHINGTON – Fünf Wochen nach der Kollision eines US-Aufklärungsflugzeuges mit einem chinesischen Kampfflugzeug haben die USA ihre Spionageflüge vor China wieder aufgenommen.

Ringeln um Einigung

FRANKFURT – Nach den gestrigen zwölfstündigen Verhandlungen gibt es noch keine Anzeichen für eine Einigung im Tarifstreit zwischen der Deutschen Lufthansa und der Pilotenvereinigung Cockpit.

Neue US-Strategie

WASHINGTON – Die seit zehn Jahren geltende Formel, derzufolge die US-Armee in der Lage sein muss, zwei Kriege gleichzeitig zu führen, soll fallen gelassen werden. Dies berichtet die «Washington Post». Der Schwerpunkt der Militärstrategie soll von Europa nach Ostasien verlagert werden.

McCartney: Neue CD

BERLIN – Ex-Beatle Paul McCartney ist wieder da: «Wingspan – Hits and History» heisst die neue Doppel-CD, die 40 Songs mit 151 Minuten Spielzeit enthält. Gestern wurde sie erstmals präsentiert.



Der Papst giesst ein Olivenbäumchen. Es steht vor einer von den Israelis zerstörten griechisch-orthodoxen Kirche.

FOTO REUTERS

Papst betet für Nahost-Frieden

KUNEITRA (Syrien) – Papst Johannes Paul II. begoss gestern ein Olivenbäumchen vor der bei israelischen Angriffen zerstörten griechisch-orthodoxen Kir-

che auf den Golanhöhen. Der Papst betete für den Frieden und rief die Völker auf: «Reisst die Mauern der Feindschaft und Trennung nieder.» In seine Ge-

bete schloss der Heilige Vater auch das jüngste Opfer des Nahost-Konflikts ein – ein fünf Monate altes Mädchen, das gestern bei einem israelischen Angriff

auf ein palästinensisches Flüchtlingslager in Gazastrifen getötet wurde. Israels Premierminister Ariel Sharon bedauerte den Tod des Babys.

Swissair verpfändet AUA-Aktien

ZÜRICH – Die Swissair Group krazt das Geld zusammen. Sie hat ihre 10-Prozent-Beteiligung an den Austrian Airlines (AUA) bei der Credit Suisse First Boston verpfändet – zu knapp 66 Millionen Franken. Welchen Zins die

zur Credit Suisse Group gehörende Investment-Bank für den Kredit verlangt, wurde nicht bekannt gegeben. Eigentlich wollte die Swissair die Aktien verkaufen. Angesichts des tiefen Kurses ist das zurzeit aber nicht ratsam.

Krawalle wegen neuer Moschee

BANJA LUKA (Bosnien) – «Wir wollen keine Moschee», schrien die Serben und trugen Schweineköpfe vor sich her. Da explodierte das Pulverfass. Bosnische Moslems wollten den Grundstein für eine neue Moschee

legen. 300 Polizisten standen bereit. Sie sollten die Feiern schützen. Doch 1000 tobende Serben durchbrachen die Sperre, warfen Steine und Eier, zündeten Gebetsteppiche und sieben Busse an. Bilanz: über 70 Verletzte.

AHV: Erste Runde ging an Dreifuss

BERN – Erster Etappensieg für Bundesrätin Ruth Dreifuss: Trotz gewaltigen Meinungsunterschieden schickt der Nationalrat die AHV-Revision nicht zurück an den Absender.

Anträge auf Nichtentreten oder Rückweisung der Vorlage blieben gestern chancenlos. Sozialministerin Ruth Dreifuss kann den ersten Tag der Sondersession zur AHV-Revision schon als ersten Erfolg auf ihrem Konto buchen. «Die Zeit für eine Revision ist reif», hatte sie an die Nationalräte appelliert.

Der grosse Streit um die heiss unstrittenen Punkte geht heute Morgen los. Vom Bundesrat hat sich Dreifuss grünes Licht geben lassen, ihren Parteifreunden zumindest in einem Punkt entgegenzukommen: Wenn sich dafür eine Mehrheit abzeichnet, schwenkt auch die Regierung bei der Witwenrente auf eine Lösung ein, die mehr Witwen als vorgesehen weiterhin eine Rente garantiert.



Ruth Dreifuss auf dem Weg zur Debatte.

FOTO JO DIENER